

Workshop: Mobilität und Suffizienz

11. Dezember 2017 / Tischvorlage zur Diskussion

Nahversorgung und öffentlicher Nahverkehr: Was Kommunen tun können

Kommunen haben es in der Hand, für eine gute Anbindung öffentlichen Nahverkehr, für weitere Wege zum Auto über die schrittweise Auslagerung von Autos aus der Innenstadt und den Einsatz von besonders sparsamen Fahrzeugen zu sorgen. Das Ziel sollte in jedem Fall sein unserer Städte schrittweise zu emissionsfreien Zonen zu machen. Dazu braucht es:

- Kurze Wege zu Einkaufsmöglichkeiten, der Arbeitsstelle und zu Freizeitmöglichkeiten
- Eine Logistik, die auf E-Fahrzeuge oder Lastenräder setzt
- Reduzierte Stellplätze: Wo wie in London der Parkplatz im Büroviertel fast zehn Euro die Stunde kostet, kommen die Leute mit dem ÖPNV und dem Rad. Parkgebühren könnten auch nach der Pkw-Größe gestaffelt werden. Die Stellplatzverordnung muss reformiert werden.
- Eine bessere Fahrradinfrastruktur inklusive sicherer Radwege und Radschnellwege, verbesserte Fahrradmitnahme im ÖPNV und die Förderung des Verleihs von Lastenrädern und Fahrradanhängern.
- Dichtere Taktungen im ÖPNV. Dieser sollte für alle bezahlbar sein.
- Bürgerbusse können im ländlichen Raum Lücken im öffentlichen Personennahverkehr füllen, brauchen aber staatliche Förderung.
- Mobilität als Daseinsvorsorge: Jeder Betrieb, jede öffentliche Einrichtung kann Mobilität für ihre Arbeitnehmer*innen und ihre Teilnehmer*innen managen.

Große Weichen mit Weitsicht stellen: Was die Bundespolitik tun kann

Die großen Weichen hin zu einem klimaschonenden und uns Menschen schützenden Verkehrssystem müssen von der Bundesregierung gestellt werden.

- Der CO₂-Ausstoß aus dem Verkehr muss bis 2030 um mindestens 40 Prozent gesenkt werden.
- Die Bundesregierung muss die jährlichen 28,6 Milliarden umweltschädlicher Verkehrssubventionen abbauen; klimafreundliche Mobilität fördern durch eine Investitionsoffensive für den Rad- und Fußverkehr; Bundesmittel zur Radverkehrsförderung auf mindestens 25 Euro pro Kopf und Jahr verdoppeln;
- auf den Straßenneubau verzichten – konsequent den Bestand von Straßen, Schienen und Wasserstraßen sichern, erhalten und erneuern und die Schiene netzdienlich ausbauen.
- Kurzstreckenflüge auf die Schiene verlagern: Fast 150.000 innerdeutsche und grenzüberschreitende Flüge könnten sofort und 200.000 dieser Flüge mittelfristig auf die Schiene verlagert werden. International eine globale Klimaabgabe für den Luft- und Schiffsverkehr einfordern.
- Generelles Tempolimit auf Autobahnen und innerstädtisch 30 km/h als Regelgeschwindigkeit einführen, von der nur auf einigen Hauptverkehrsstraßen abgewichen werden kann.
- Der Bundesverkehrswegeplan 2030 muss umwelt- und sozialverträglich weiterentwickelt werden: Ortsdurchfahrten umbauen; Rad- und Fußverkehr stärken.